Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Bocholt-Isselburger Zeitung

Postverlagsort: Bocholt.

Geschäftsstellen: Bocholt, Neutorstraße 14. Fernsprech-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Postversandort: Dortmund.

Nummer 340 | Mittwoch, den 9. Dezember 1931 | Jahrgang 1931

Harte, notwendige Maßnahmen.

Der Inhalt der mit Schmerzen und Bangen erwarteten „Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens" ist nunmehr bekannt gegeben worden. Sie umfaßt im Reichsgesetzblatt an die fünfzig Druckseiten, ist also ein sehr umfangreiches Werk. Der Reichspräsident hat sie gestern abend gegen 6 Uhr unterzeichnet. Dann hat in Berlin eine Pressekonferenz stattgefunden, in der der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister über Bedeutung und Inhalt der Notverordnung gesprochen haben. Ueber dasselbe Thema hat gestern abend in Münster Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald eine große Rede gehalten, die insbesondere die lohnpolitische Seite auseinandersetzte. Und schließlich hat Reichskanzler Dr. Brüning, wie angekündigt, gestern abend um 9 Uhr im Rundfunk etwa 25 Minuten über alle deutschen Sender dem deutschen Volke und, wer nur immer im Ausland zuhörte, in packender, von staatsmännischer Entschlossenheit zeugender Rede die notwendige Begründung für die in das deutsche Wirtschaftsleben tief einschneidenden Maßnahmen gegeben, die die Notverordnung enthält. Auch ein sehr deutlicher Appell an das Deutschland als Reparationsgläubiger gegenüber stehende Ausland, eine Mahnung an die wirtschaftliche Vernunft der Welt fehlte nicht, während die Interviews, die Hitler der englischen und amerikanischen Presse gegeben hat und die im Ausland den Eindruck einer Nebenregierung oder einer die jetzige Reichsregierung in den nächsten Tagen schachmatt setzenden neuen Regierung hervorgerufen haben, den Kanzler zu besonders deutlichen Worten an diejenigen veranlaßten, die da glauben, daß jetzt ihre Saat zur Reife gelange. Er hat keinen Zweifel daran gelassen, daß die Reichsregierung bis zum Aeußersten entschlossen ist, eine Störung der Ruhe im Innern sowohl wie eine Störung der reparationspolitischen Verhandlungen zu verhindern. Notfalls werde der Ausnahmezustand über Deutschland verhängt werden. Die Reden des Kanzlers und der Minister zeugen davon, daß die Regierung sich wohl des harten Inhaltes der neuen Notverordnung bewußt ist. Aber die ganze wirtschaftliche Entwicklung hat sich so zugespitzt, daß kein anderer Weg übrig bleibt als der Versuch, die sich immer stärker wirkende Deflationskrise mit außerordentlichen, alle bisherigen Notverordnungen in den Schatten stellenden Mitteln zu überwinden.

Auf Einzelheiten der Notverordnung können wir heute noch nicht eingehen, zumal ihr Wortlaut noch nicht vorliegt. Was sie im Wesentlichen enthält, kann man aus der nebenstehenden Inhaltsangabe erkennen. Daß sie auf den einen durch diese, auf den anderen durch jene Bestimmungen empfindliche Wirkung ausüben wird, kann nicht bestritten werden. Aber man muß sie als Ganzes betrachten, und man muß ihr Ziel berücksichtigen. Uebrigens ist nicht alles, was jetzt erfolgen soll, durch sie geregelt. Verschiedene Einzelheiten werden noch die Durchführungsbestimmungen bringen. Ferner wird bekannt, daß die Reichsbahntarife entsprechend dem am Samstag gefaßten Beschluß der ständigen Tarifkommission in der Weise gesenkt werden, daß das Gesamtaufkommen der Reichsbahn um 300 Millionen im Jahre vermindert wird. Aus einer Senkung der Kohlenpreise erwartet man eine Verbilligung um 250 Millionen, aus einer Senkung der Eisenpreise eine Verbilligung um rund 150 Millionen. Dazu folgen noch Einzelbestimmungen für die Fleischverbilligung, die am 15. Dezember in Kraft treten. Gleichzeitig, aber unabhängig von der Notverordnung werden besondere Frachttarife für Gerste von Südeutschland nach Nordwestdeutschland eingeführt und besondere Bezugsscheine für Inlandsgerste. Im Hinblick auf die Valutaänderungen im Ausland und dem damit zusammenhängenden Valutadumping werden auf Grund der bestehenden Zollermächtigung grundlegende neue Zollmaßnahmen zum Schutze der deutschen Wirtschaft für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.

Bei allem möge man bedenken, daß das deutsche Volk schon schwerere Zeiten durchgemacht hat. Ueber vier Jahre lang hat es den Krieg ertragen, in dem Millionen deutscher Männer ihr Leben fürs Vaterland hingegeben und noch mehr Millionen ihr Blut vergossen und gehungert haben. Heute braucht keiner für Volk und Vaterland zu sterben und wir haben auch keine Hungersnot in Deutschland, wenn auch Schmalhans in unzähligen Familien heute Küchenmeister ist. Aber wir müssen die schweren Monate noch aushalten, die uns noch bevorstehen, wenn unsere und unserer Kinder Zukunft sich lichter gestalten soll.

Stegerwald über die Lohnpolitik in der Notverordnung.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat gestern abend in einer Massenversammlung der Zentrumspartei in Münster die lohnpolitische Seite der Notverordnung behandelt. Die Rede veröffentlichen wir an anderer Stelle.

Der Inhalt der neuen Notverordnung.

Preis-, Lohn- und Gehaltssenkungen. / Auch die Zinsen, Mieten und die Hauszinssteuer werden herabgesetzt. / Allgemeiner Vollstreckungsschutz für Grundbesitz. / Umsatzsteuer auf 2 v. H. erhöht. Allgemeines Verbot von politischen Uniformen und Abzeichen. / Verstärkter Ehrenschutz und Sicherung des Weihnachtsfriedens.

Maßnahmen zur Ueberwindung der Deflationskrise.

◆ Berlin, 8. Dezember.

Die neue „Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens" gliedert sich in neun Teile.

Die amtliche Mitteilung über die Notverordnung wird, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, erst am Mittwoch vormittag ausgegeben. Die Veröffentlichung des Wortlautes der neuen Notverordnung, die ein Druckwerk von rund 50 Seiten ist, ist gleichfalls auf Mittwoch vormittag verschoben worden.

Preis- und Zinssenkung.

Die Preissenkung bei den sogenannten gebundenen Preisen soll in der Weise erfolgen, daß alle gebundenen Preise gegenüber dem Stande vom 1. Juli 1931 mit Wirkung vom 1. Januar 1932 um 10 v. H. gesenkt sein müssen, widrigenfalls alle Preisabreden als nichtig gelten. Falls eine Senkung von 10. v. H. nicht ausreicht, so kann der Reichswirtschaftsminister in bestimmten Fällen weitere Senkungen veranlassen.

Das Kabinett hat sich nicht entschlossen, die Kartelle aufzulösen. Der Wirtschaftsminister kann über die Grenze von 10 v. H. noch hinausgehen und den Zeitpunkt für die Herabsetzung vorschreiben. Der Preis für Kohle und Kali wird ab 1. Januar ebenfalls um 10 Prozent gesenkt werden. Auch der Preis für Stickstoff soll ab 1. Jan. gesenkt werden. Es ist Vorsorge getroffen, daß die Herabsetzung des Kohlepreises sich im Kleinhandel auswirkt. Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Gördeler ist zum Preissenkungs-Kommissar ernannt worden. Er hat die Aufgabe, die Durchführung ständig zu überwachen und bei weitestgehenden Vollmachten unter Umständen Maßnahmen zu treffen, die bis zur Schließung von Geschäften gehen.

Das schwierigste Problem ist die Zinssenkung. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, die Zinsen für die festverzinslichen Papiere zu senken, und zwar sowohl die Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder und der Kommunen als auch privater Papiere jeder Art. Die Zinssenkung soll durchgeführt werden bei 8 Prozent oder weniger auf 6 Prozent, bei Zinssätzen von mehr als 8 Prozent im Verhältnis von 8 : 6. Diese Regelung gilt auch für Hypotheken und Pfandbriefe, und es wird ausdrücklich unterstrichen, daß die Art der Durchführung von vornherein eine Schwächung solcher Papiere ausschließt. Der Reichskommissar für das Bankgewerbe wird durch Vereinbarung mit den Spitzenverbänden eine Senkung der Debetzinsen herbeiführen. In den Fällen, in denen eine Vereinbarung nicht möglich ist, hat der Kommissar das Recht, von sich aus Festsetzungen zu treffen. In Verhandlungen mit der Reichsbank ist eine Annäherung des Lombardzinssatzes an den Wechselzinssatz herbeigeführt worden. Die Senkung beträgt zunächst 1 Prozent. Von besonderem Interesse ist, daß die hohen Steuerverzugs-Zuschläge ab 1. Januar aufgehoben werden. Sie sollen künftig bei reinen Verzugszinsen (also wenn einfach ohne jede weitere Ankündigung nicht gezahlt wird), 1 v. H. im Monat, sonst aber 5 bis 8 v. H. im Jahre betragen.

Wohnungswirtschaft.

Die Hauszinssteuer soll allmählich abgebaut werden und sie wird zunächst zum 1. April um 20 Prozent gesenkt, dann später für die Jahre 1935 und 1936 auf 75 Prozent, für die folgenden Jahre auf 80 Prozent, sodaß sie am 1. 4. 1940 ganz verschwindet. Dieser Abbau wird zunächst dadurch sichergestellt, daß die Hauszinssteuer mit dem 3½fachen Betrage der Jahressteuer innerhalb der nächsten 2½ Jahre abgelöst werden kann.

Die Mietssenkung ergibt sich aus der Herabsenkung der Hypothekenzinsen und zwar für Alt- und Neuwohnungen. Die Mietssenkung bei Altwohnungen beträgt 10 v. H. der Friedensmiete. Bei den Neubaumieten soll eine Senkung der Mieten um den Betrag eintreten, der durch die Senkung der Zinsen für Hypotheken eingespart wird. Dort wird eine höhere Senkung bis zu 15 v. H. erfolgen können. Eine allgemeine Regelung ist jedoch nicht möglich mit Rücksicht auf die verschiedenartige Belastung der Grundstücke und dem verschiedenartigen Zeitpunkt der Erbauung. Für teuere Wohnungen kann bei ungünstigen Mietverträgen zum 1. April 1932 gekündigt werden.

Sicherung der Haushalte.

Zur Sicherung der Haushalte erfolgt eine allgemeine Erhöhung der Umsatzsteuern auf 2 v. H. Ausgenommen von dieser Erhöhung sind Getreide, Mehl, Schrot und Backwaren. Betriebe, die mehr als eine Million Reichsmark Jahresumsatz haben, zahlen eine erhöhte Umsatzsteuer. Ferner wird eine Ausgleichssteuer auf Auslandswaren eingeführt, die ja von der deutschen Umsatzsteuer nicht betroffen waren. Hiervon werden jedoch Rohstoffe bis zu einem gewissen Grade ausgenommen. Im Zusammenhang hiermit ist die Einführung der Phasenpauschalierung vorgesehen. Die Zahlung der Einkommen- und Körperschaftssteuer wird um einen Monat vorverlegt. Neu eingeführt wird eine Kapitalfluchtssteuer. Personen, die am 31. März 1931 Reichsangehörige gewesen sind und in der Zeit danach und vor dem 1. Januar 1933 ihren inländischen Wohnsitz aufgegeben haben, haben eine sogenannte Reichsfluchtsteuer zu entrichten. Sie beträgt ein Viertel ihres in Deutschland vorhandenen Vermögens. Wird diese Steuer nicht gezahlt, so wird hinter dem Betreffenden ein Steuersteckbrief erlassen. Bei seiner Rückkehr nach Deutschland würde er verhaftet und mit Gefängnis bestraft werden. Ferner ist die Einführung einer Börsenumsatzsteuer bei Kompensationsgeschäften vorgesehen. Zweck dieser Maßnahme ist, Geschäfte der Banken in sich zu erschweren und sie zur Rückkehr an die Börse zu veranlassen. Die Realsteuern bei kleinen Gemeinden sollen zum Ausgleich der Haushalte erhöht werden dürfen.

Die Beamtengehälter werden um 9 v. H., die Löhne der Arbeiter in Reich, Ländern und Gemeinden, sowie die Gehälter der Angestellten werden um 10 v. H. gekürzt. Die unterschiedliche Behandlung erklärt sich aus technischen Gründen. Im Ergebnis ist auch die Kürzung der Beamtengehälter eine solche um 10 v. H.

Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung.

Diese Maßnahmen treten an die Stelle einer Ausdehnung der im Osthilfegebiet getroffenen Maßnahmen auf den Westen. Sie sehen vor, daß eine Zwangsvollstreckung für städtische Grundstücke nicht erfolgen darf, wenn die Versteigerung einer Verschleuderung gleichkäme. Dies wird als vorliegend angesehen, wenn das Gebot unter 70 v. H. des Grundstücks bleibt. Für landwirtschaftliche Grundstücke wird vorgesehen, daß sich der Grundstücksbesitzer unter Zwangsverwaltung stellen darf, um eine Zwangsversteigerung abzuwenden.

Sonstige wirtschaftliche Maßnahmen.

Hier sind steuerliche Erleichterungen für die Aufteilung von großen Gesellschaften vorgesehen. Die Aufhebung der Mineralwassersteuer, die Ausprägung von 4-Pfg.-Stücken sowie eine Reihe von Verwaltungsmaßnahmen, die in der Hauptsache technischer Natur sind.

Sozialversicherung- und Fürsorge.

Hier handelt es sich bei der Krankenkasse um eine Aenderung des Verhältnisses zwischen Aerzten und Krankenkassen. In der Unfallversicherung ist eine Beseitigung der kleinsten Renten vorgesehen. In der Invalidenversicherung werden kleinere sachliche Aenderungen vorgenommen.

Arbeitsrechtliche Vorschriften.

Sämtliche Lohn- und Gehaltstarife der Arbeiter und Angestellten werden mit dem 30. April 193: fällig. Alle Tarifverträge werden am Tage des Inkrafttretens der Notverordnung gekündigt. Sämtliche Lohn- und Gehaltssätze werden auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt; jedoch soll die Kürzung nicht mehr als 10 v. H. betragen, wenn nach dem 1. Juli 1931 bereits eine Kürzung erfolgt war. War seit dem 1. Juli 1931 keine Kürzung erfolgt, so tritt eine Senkung um 15 v. H. ein, keinesfalls aber unter den Satz vom 10. Januar 1927. Diese Bestimmung gelten aber nur für alle Löhne und Gehälter, die im Rahmen von tariflichen Vereinbarungen geschlossen wurden. Eine Ausnahme wird im Kohlenbergbau gemacht, wo eine sofortige Herabsetzung der Löhne um 10 v. H. erfolgt. Ueber Streitpunkte, die sich ergeben, kann der Schlichter angerufen werden.

Schutz des inneren Friedens.

Hier sind scharfe Maßnahmen gegen Waffenmißbrauch vorgesehen, die die Länder ermächtigen, zur Waffenablieferung aufzufordern und eine verschärfte Ueberwachung des Handels mit Hieb- und Stoßwaffen anzuordnen. Ferner wird ein allgemeines Uniformverbot erlassen. Das Tragen der Uniformen außerhalb der eigenen Wohnung wird hiernach in Zukunft mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Auch das Tragen von Abzeichen politischer Art wird verboten. Bestimmungen über die Verstärkung des Ehrenschutzes sehen vor, daß die üble Nachrede gegen Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft wird, wenn die üble Nachrede geeignet ist, das Vertrauen in die beleidigte Persönlichkeit zu erschüttern. Bis zum 3. Januar tritt ein sogenannter Weihnachtsfriede in Kraft, die jede Art von politischen Umzügen, Versammlungen, Reden usw. untersagt.

Schlußbestimmungen.

Die Schlußbestimmungen sehen vor, daß alle Bestimmungen der Verordnung am 8. Dezember 1931 in Kraft treten.

Zu den Maßnahmen, die zu einer Verbilligung der Preise gehören sollen, gehört auch die Senkung der Tarife bei der Reichsbahn. Diese sollen insgesamt um 300 Millionen Mark gesenkt werden. Die Tarifsenkungssätze sind im einzelnen sehr verschieden und schwanken zwischen 15 und 24 v. H.

Im Zusammenhang mit diesem Notverordnungswerk ist die Frage einer Abtragung der privaten deutschen Schulden, die zum Wiederaufbau der Wirtschaft und teilweise in Ueberschätzung in ihren Entwicklungs- und Ertragsmöglichkeiten kontrahiert worden sind, von entscheidender Bedeutung. Die Möglichkeit, dieser Aufgabe gerecht zu werden, beruht auf der Gestaltung der deutschen Ausfuhr, gegen die in jüngster Zeit an immer zahlreicheren Stellen des Auslandes Hindernisse aufgerichtet worden sind. Es ist deshalb darauf hinzuweisen, daß die Verweigerung einer Abnahme deutscher Güter de- Verweigerung einer Zahlungsannahme gleichkommt und nicht etwa eine mangelnde Zahlungsbereitschaft Deutschlands bedeutet.

Die Rundfunkrede des Reichskanzlers.

Die Ziele und Entscheidungen der Reichsregierung.

Deutliche Worte an die Nationalsozialisten und das Ausland.

◆ Berlin, 8. Dezember.

Reichskanzler Dr. Brüning hielt heute abend im Rundfunk eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Am Vorabend der Veröffentlichung einer schicksalsschweren Notverordnung, die soeben der Herr Reichspräsident unterzeichnet hat, halte ich es für meine Pflicht, dem deutschen Volke in großen Zügen Aufschluß über die Ziele und Entscheidungen der Reichsregierung zu geben. Die zu treffenden Maßnahmen sind bedingt durch die Lage der Weltwirtschaft und des Kapitalmarktes der Welt. Sie sind bedingt durch die unerträglichen Lasten, die dem deutschen Volk im vergangenen Jahrzehnt auferlegt wurden. Aber sie gehen andererseits auch zurück auf Fehler, die wir selbst in den vergangenen Jahren gemacht haben. Tag für Tag schreitet die Zerrüttung der Weltwirtschaft fort.

Ein Wirtschaftskrieg von ungeheurem Ausmaß ist entbrannt, der die Wohlfahrt aller Völker der Welt zu untergraben droht. Sollen diese Gefahren gebannt werden, dann dürfen die Entschließungen der Regierungen der Welt nicht hinter den Erkenntnissen zurückbleiben.

Durch Festhalten an formellen Rechtsauffassungen kann die Lage der Welt noch nicht gemeistert werden.

Großzügige Lösungen müssen gefunden werden, deren Wirksamkeit nicht mehr durch überholte Konstruktionen und Gedankengänge der Vergangen-

heit belastet ist. Sollte man abermals bei Teillösungen stehen bleiben, die an der zwangsläufigen Gesamtlage vorbeigehen, so würde sich schnell erweisen, daß sie nicht nur für die einzelnen Beteiligten unzureichend, sondern auch für die Welt unheilvoll sind.

Mit dem auf deutschen Antrag eingeleiteten Verhandlungen in Basel über die Reparationsfragen haben gestern die internationalen Verhandlungen begonnen.

Ich richte noch einmal den dringendsten Appell an alle beteiligten Regierungen, dafür zu sorgen, daß die oft und von allen Seiten verkündeten Grundsätze verständnisvollen und solidarischen Zusammenwirkens sich jetzt endlich in letzter Stunde in die Tat umsetzen.

Die nächsten Wochen werden von entscheidender Bedeutung sein. Heute ist die Wirtschaft enger ineinander verknüpft denn je. Jede Erschütterung in einem Lande hat tiefere Rückwirkungen auf die übrigen Länder. Jede Regierung ist bemüht, mit von Woche zu Woche sich ändernden Maßnahmen die Wirtschaft zunächst des eigenen Landes zu retten.

Wenn jedes Land die Tendenz hat, sich abzugrenzen, währungspolitisch und zollpolitisch für sich zu sorgen, so wächst unweigerlich das Gesamtmaß der Wirtschaftszerstörung aller Länder.

Alles dieses weist auf die internationale Verständigung hin. Aber bis zu einer solidarischen Lösung der Krise der Welt muß jede verantwortliche Regierung der Welt den Weg gehen, der aus den Lebensbedingungen des eigenen Volkes und der eigenen Wirtschaft sich ergibt. Vollkommene Lösungen kann sie allein nicht geben. Für Deutschland, das eine schwere Inflation erlebt hat, steht im Vordergrunde die Sicherung der Währung. Dieses Ziel zwingt die Reichsregierung nach außen zur Erfassung und planvollen Bewirtschaftung der anfallenden Devisen, es zwingt im Innern zur unbedingten Sicherung des Etats auch mit harten Mitteln. War es möglich, bis zur Auswirkung der englischen Pfundkrise wohl überlegt miteinander in Zusammenhang stehende Maßnahmen schrittweise zu treffen, so ist

jetzt der Augenblick gekommen, entscheidende Maßnahmen auf zusammenhängenden Gebieten der Wirtschaft und Finanzen gleichzeitig zu treffen. Preissenkung, Zinssenkung, Lohn- und Gehaltssenkung, sowie die Senkung der Frachten, also Maßnahmen auf der ganzen Linie, müssen gleichzeitig erfolgen.

Nur so kann es gelingen, zu verhindern, daß die Realkaufkraft sinkt, die Produktion weiter zusammenschrumpft und die Arbeitslosigkeit ins Ungemessene steigt. Abbau und Tilgungsmöglichkeiten der Hauszinssteuer verbunden mit der Zinssenkung werden eine mindestens 10prozentige Verringerung der Mieten ermöglichen. Abbau der Zinsen, gerechte Berechnung der Handelsspanne, müssen eine weitere Verbilligung des täglichen Bedarfes herbeiführen. Störende Preisbindungen werden aufgelockert. Zu gleicher Zeit wie die Lohnsenkungen erfolgen, werden die Preise der gebundenen Produktion, Kohle, Eisen, Düngemittel heruntergesetzt. Frachtensenkung in großem Ausmaße unterstützt die Preissenkung. Die Zinsen der langfristigen Verpflichtungen mit Ausnahme der ausländischen, werden ebenfalls heruntergesetzt. Die Produktionskosten, insbesondere auch der Landwirtschaft, werden auf diese Weise gemindert. So soll überall, was auf der einen Seite allen Schichten der Bevölkerung genommen werden muß, auf der anderen Seite ihr durch Steigerung des Geldes wiedergegeben werden. Alles dies soll zusammenwirken, um die Verkrampfung am deutschen Geldmarkt und in der deutschen Güterwirtschaft zu lösen, soweit das durch staatliche Machtmittel überhaupt geschehen kann.

Schmerzlich sind die Opfer, die von Beamten, Arbeitern und Angestellten, ja, darüber hinaus in beschränkten Umfange auch von dem durch Sozialversicherungen Betreuten nun abermals verlangt werden. Wir haben lange versucht, und alles daran gesetzt, sie zu vermeiden, aber die Wirtschaftsnot zwingt wegen der inneren gesetzmäßigen Zusammenhänge dieser Dinge auch hier zuzugreifen.

Schmerzlich ist für viele die Zinssenkung der festverzinslichen Wertpapiere. Wenn sie manchen Sparer trifft, so möge er bedenken, daß die Erleichterung des Kapitaldienstes ihm selbst in seiner Lebenshaltung wieder zugute kommt und daß die erschreckende Höhe des deutschen Zinsniveaus eine Gefahr für die Sicherheit der Kapitalsanlage selbst bedeutet. Dieser Gefahr wird durch die Zinssenkung begegnet.

Alle diese Opfer müssen zur Senkung der Preise, zur Erleichterung der Lebenshaltung führen.

Hinter allen diesen Maßnahmen steht als ein weiteres entscheidendes Moment die Sicherung der Etats. Durch Erhöhung der Umsatzsteuer — bei Schonung des Brotes, Mehles und Getreides als Volksnahrungsmittel — und durch die Senkung der Ausgaben, ist die Kassen- und Etatslage gesichert, sind die Voraussetzungen geschaffen, die für jeden einzelnen das Wichtigste sind, daß nämlich die Zahlungen des Staates in den kommenden Monaten pünktlich geleistet werden können.

Mit steigender Not haben sich in steigendem Maße weite Volkskreise zu Traumbildern geflüchtet. Wunschgebilde aber sind kein politisches Programm. Eine Rettung Deutschlands ist jetzt, wie in den vergangenen Jahren nur möglich, wenn sich die Leitung der deutschen Politik nicht gleichfalls in dieses Reich der Illusionen begibt, sondern sich bei heißester Liebe zum Volk und Vaterland von nüchterner Ueberlegung, von klarer Einsicht in die uns nach dem Kriege verbliebenen Mittel und Möglichkeiten bestimmen läßt. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf und wird nicht davor zurückschrecken, einen drohenden Zerfall der Volkskräfte mit eiserner Energie entgegenzutreten. Sie duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige.

Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge — notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes — gegen alle eingesetzt werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden stärkster Nervenprobe den verfassungsmäßigen Gewalten in den Arm zu fallen.

Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in grellem Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen, sich nicht weniger verantwortlich dünkender Führer, die zum sinnlosen Bruderkampf und zu außenpolitischen Torheiten auffordern.

Wenn man erklärt, daß man auf legalem Wege zur Macht gekommen — die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Und sie ist es noch weniger, wenn zu gleicher Zeit im engeren Kreise Rachepläne verfaßt und vorgetragen werden. Dagegen wende ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das schärfste.

Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Parteiversuchen entgegensetzen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen.

Ein uralter Instinkt gesunder Völker ermahnt, den innerpolitischen Meinungsstreit zurücktreten, ja völlig schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht. Deshalb ist es ein dem Lande abträgliches Unterfangen, wenn mit dem Hinweis auf innenpolitische Verschiebungen in den Tagesmeinungen der Wähler versucht wird, im Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland in Wirklichkeit geteilte Fronten, ja eine Regierung von morgen gebe, die sich anmaßen dürfte, für das deutsche Volk zu sprechen. Auch künftighin wird die politische Führung des deutschen Reiches und die Vertretung der Interessen des deutschen Reiches im Auslande ausschließlich in den Händen des Herrn Reichspräsidenten und der verfassungsmäßigen Regierung liegen.

Um den inneren Frieden gegen Gewaltmaßnahmen und Terrorakte von jeder Seite zu schützen, ist eine Verschärfung der Bestimmungen über den Waffengebrauch notwendig geworden.

Das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände hat sich als immer größerer Mißstand erwiesen. Reichspräsident und Reichsregierung haben sich daher entschlossen, das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände allgemein und ausnahmslos für das ganze Reichsgebiet zu verbieten.

Der Herr Reichspräsident hat sich ferner entschlossen, zur Sicherung des Weihnachtsfriedens von morgen ab bis zum 3. Januar nächsten Jahres alle öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge zu verbieten, damit unser Volk Gelegenheit bekommt, Abstand von dem aufgeregten lauten Tagesstreit zu gewinnen. Ich werde nicht mit Versprechungen und Illusionen über den wirklichen Zustand unserer Lage hinwegzutäuschen versuchen. Die kühle Ueberlegung, das harte Rechnen mit politischen Möglichkeiten ist nicht ein Mangel an tiefstem Mitempfinden mit den Leiden des Volkes; es ist vielmehr die schwere Verantwortung, die auf dem Regierenden ruht und ihnen verbietet, ihr innerstes Gefühl anders als in der sorgfältigen Unterordnung unter die Pflichten ihres Amtes zu äußern.

Reichskanzler und Reichsfinanzminister vor der Presse.

Erklärungen zur Notverordnung.

× **Berlin**, 8. Dezember.

In einer Pressebesprechung zur Notverordnung, die am Dienstagabend in der Reichskanzlei stattfand, erläuterte

Reichsfinanzminister Dietrich

in großen Zügen die Notverordnung, indem er darauf hinwies, daß sie den Schlußstein einer langen und schweren Arbeit bilde. In Verfolg der Krise, die von den Rohstoffländern ausging und naturgemäß auch das eng mit der Weltwirtschaft verflochtene Deutschland traf, sind die deutschen Betriebe unrentabel geworden.

Das Problem, mit dem die Reichsregierung sich beschäftigt hat, ist also in erster Linie gewesen, die deutsche Wirtschaft wieder rentabel zu machen. Die Entwertung des Pfundes zwang dazu, in der Senkung der Gestehungskosten noch einen Schritt weiterzugehen als man im Oktober für notwendig halten mußte.

Dazu kam die Notwendigkeit, die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden zu sichern. Die Zahl der Krisenunterstützten beläuft sich zwar auf 200 000 weniger, als nach den Schätzungen der zuständigen Stellen erwartet wurde. Trotzdem hat die Arbeitslosigkeit einen Umfang angenommen, wie ihn die deutsche Wirtschaftsgeschichte noch nicht kannte. Es liegt auf der Hand, daß die öffentlichen Haushalte dadurch außerordentlich ungünstig beeinflußt wurden.

Für diesen Winter ist allein eine Milliarde Krisenunterstützung aufzuwenden.

Bei den Erörterungen der Reichsregierung hat natürlich auch die Frage der Währung eine entscheidende Rolle gespielt. Für ihre Erhaltung sind zwei Voraussetzungen maßgebend, nämlich der Ausgleich des Reichshaushaltes und die Aktivität der Außenhandelsbilanz. Die erste Voraussetzung wird durch die finanziellen Maßnahmen der Reichsregierung erfüllt, die zweite wird durch die Novemberzahlen unseres Außenhandels erneut dargetan.

Zu den finanziellen Maßnahmen bemerkte der Minister, daß die Umsatzsteuer, die immer als die letzte Reserve bezeichnet wurde, nicht nur dem Reich zugute kommt, sondern mit 30 Prozent des Aufkommens auch den Ländern und Gemeinden. Getreide, Mehl und Brot werden von dieser Steuer übrigens nicht betroffen. Die Erhebung der Einkommensteuer wird um einen Monat vorverlegt, damit das Steuerjahr mit dem Rechnungsjahr in Einklang kommt. Mit diesen beiden Maßnahmen glaubt die Reichsregierung die Sicherung des Etats gewährleistet.

Der Minister wies schließlich noch darauf hin, daß

mit den in der Notverordnung enthaltenen Maßnahmen die Möglichkeiten erschöpft sind, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft von der Seite der Produktionskosten her zu steigern.

Eine weitere Senkung von Löhnen und Gehältern sei nicht möglich. Damit sind wir, schloß der Minister, an einem Punkt angekommen, der die Beendigung der Deflationsperiode in Deutschland bedeutet. Gehen wir darüber hinaus, so würden wir zu einem Zustand gelangen, den man nur als eine Gefahr für die Zukunft von Staat und Volk bezeichnen könnte.

Sodann nahm

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort. Er erklärte u. a.: Es ist mir persönlich von seiten der Presse in letzter Zeit der Vorwurf zu großer Zurückhaltung und zu großen Schweigens gemacht worden. Wenn das ein Hindernis für eine gegenseitige Verständigung sein sollte, dann bin ich bereit, die Schuld auf mich allein zu nehmen. Die ganze Notverordnung ist ein absolut ineinanderhängendes Ganzes, aus dem kein Teil herausgenommen werden kann. Das eine bedingt das andere. Das kann gar nicht anders sein, weil wir in diesem Augenblick, der uns auch weltmäßig der geeignete dafür zu sein scheint,

den Schlußstrich ziehen müssen in einer uns aufgezwungenen und nicht gewollten Deflationspolitik.

Dazu gehörte das Senken der Mieten, der Zinsen, der Preise, der Gehälter und der Löhne. Wir haben uns in angestrengtester Arbeit seit langer Zeit im Stillen mit diesen Fragen beschäftigt, und auch im Wirtschaftsbeirat sind sie eingehend behandelt worden. Einen anderen Ausweg, diesen Schlußstrich zu ziehen, die Zahlungssicherheit im Lande aufrecht zu erhalten, den Warenumsatz auf einer normalen Höhe zu halten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, statt sie ins Ungemessene steigen zu lassen, gibt es unserer festen Ueberzeugung nach nicht.

Das Entscheidende ist, daß wir die Etats- und Kassensicherheit mit diesen Maßnahmen unter allen Umständen geschaffen haben.

Das ist um so wichtiger und von der allergrößten Tragweite, als es in dem Augenblick erfolgt, in dem wir in die entscheidendsten und schwersten außenpolitischen Verhandlungen hineingehen. Wir haben früher einmal Verhandlungen geführt, bei denen wir keine Rückendeckung nach der finanziellen Seite hin in der Heimat hatten. Ich mit meinen Kollegen glaubte, in dieser entscheidenden geschichtlichen Stunde trotz aller harten Maßnahmen nicht die Verantwortung für diese außenpolitischen Verhandlungen auf mich nehmen zu können, bevor Kasse und Etats in Reich, Ländern und Gemeinden für die nächsten Monate der Verhandlungen absolut gesichert sind. Das schafft uns außerdem ein ganz anderes Sprungbrett für diese Verhandlungen.

Es ist jetzt der Augenblick gekommen, wo durch intensivstes Durchleuchten unseres Haushalts es dem Ausland nicht mehr möglich ist, Kritik an unserer öffentlichen Finanzgebarung zu üben. Wir haben den Reichshaushalt auf ein solches Minimum komprimiert, daß er, wenn man die Lasten für die Kriegsbeschädigten abzieht, den Vergleich mit den niedrigsten Ausgaben der Vorkriegszeit außerordentlich gut aushalten kann.

Mögen Sie zu diesem Programm stehen wie Sie wollen und auch Kritik an den Einzelheiten üben: Ich bitte Sie nur um eines: Denken Sie daran, daß dieses Programm der Aufmarsch für die internationalen Verhandlungen ist und seien Sie sich bei aller Kritik auch Ihrer Verantwortung in dieser schweren Stunde Deutschlands bewußt!

Dr. Gördeler-Leipzig Reichskommissar für die Preisüberwachung

✓ **Berlin**, 8. Dezember.

Der Reichspräsident empfing heute abend den Oberbürgermeister Dr. Gördeler-Leipzig und bat ihn, im Interesse der Allgemeinheit und der schnellen Durchführung der Preissenkung das in der 4. Notverordnung geschaffene Amt eines Reichskommissars für die Preisüberwachung zu übernehmen. Dr. Gördeler hat sich dem Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt.

Dr. Gördeler gehörte bisher der Deutschnationalen Volkspartei an. Er veröffentlicht jetzt auf Grund einer Unterredung, die er mit dem Führer der Deutschnationalen, Hugenberg, hatte, folgende Erklärung: „Meine Ernennung zum Reichskommissar bringt mich in einen Gegensatz zu der politischen Haltung der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Oppositionsstellung gegen das Kabinett Brüning. Nach einer Unterredung, die ich mit Herrn Dr. Hugenberg hatte, ziehe ich aus dieser Tatsache, so sehr ich mich nach wie vor mit den politischen und weltanschaulichen Grundsätzen der Deutschnationalen Volkspartei verbunden fühle, die Folgerung meines Austritts aus der Partei."

Die deutschnationale Pressestelle erklärt zu dem Austritt Gördelers, daß die grundsätzlich ablehnende Haltung der Partei zur Regierung Brüning den Austritt des Reichskommissars, der der Regierung seine Mitarbeit zur Verfügung stellt, zu einem Akt selbstverständlicher Loyalität macht.

Neuer Antrag auf Reichstagseinberufung.

() **Berlin**, 8. Dezember.

Die kommunistischen Mitglieder des Aeltestenrats haben am Dienstag einen neuen Antrag auf Einberufung des Aeltestenrats beim Reichstagspräsidenten Löbe gestellt, und zwar für Freitag, den 11. Dezember. Die Einberufung des Reichstagsplenums wird für Dienstag, den 15. Dezember verlangt. Als Tagesordnung werden kommunistische Anträge auf Aufhebung der neuen Notverordnung vorgeschlagen, in Verbindung damit eine finanz- und wirtschaftspolitische Aussprache, sowie erneut eine außenpolitische Aussprache und eine Erklärung des Reichsinnenministers zu den hessischen Dokumenten.

Für 100 Millionen neue Fünfmarkstücke.

× **Berlin**, 8. Dezember.

Der Reichsrat, der am Donnerstag nachmittag wieder zu einer Vollsitzung zusammentritt, wird sich mit einer Vorlage zu beschäftigen haben, wonach der Umlauf an Silbermünzen um 100 Millionen Reichsmark, und zwar in der Form von Fünfmarkstücken, erhöht werden soll. Ferner wird der Reichsrat eine Verordnung beraten, durch die die neue steuerfreie Reichsbahnanleihe für mündelsicher erklärt werden soll. Auf der Tagesordnung steht auch eine Verordnung über die Zerlegung der Einheitswerte für die Gewerbesteuer der Länder und Gemeinden für 1931 und eine Reihe von Einbürgerungsanträgen. Die Ausführungsverordnung zum Weingesetz wird am Donnerstag wahrscheinlich noch nicht verabschiedet werden können, da die Ausschußberatung darüber erst am morgigen Mittwoch beginnt und voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen wird.

Der Zusammentritt des hessischen Landtages.

— **Darmstadt**, 8. Dezember.

Die konstituierende Sitzung des Hessischen Landtages wurde heute mittag um 12 Uhr von dem Alterspräsidenten, Rektor Winter (Zentrum) eröffnet. Bei der Wahl des Landtagspräsidenten erhielt der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Werner die absolute Mehrheit. Er nahm die Wahl an und erklärte, er werde sich bemühen, seine Pflicht so sachlich und unparteiisch zu erfüllen, wie es sein Amt erfordere. Als Vertreter der „größten Partei Deutschlands und des Hauses" werde er gemäß den Grundsätzen seiner Partei auf legalem Wege das tun, was unter der Hand des Präsidenten gesetzgeberisch zu formen bleibe.

Stellvertretender Präsident wurde der Zentrumsabgeordnete Weckler, zweiter stellvertretender Präsident der sozialdemokratische Abgeordnete Delp, der bisherige Landtagspräsident.

Staatspräsident Dr. Adelung stellte die Aemter des Gesamtministeriums dem neugewählten Landtage zur Verfügung und erklärte, daß das Gesamtministerium bis zur Einsetzung einer neuen Regierung die Staatsgeschäfte fortführen werde.

Landtagspräsident Werner erklärte daraufhin, daß die Nationalsozialisten eine Beratungspause verlangten, um eine „politische Aktion" vornehmen zu können. Zu der Sitzung waren alle gewählten Mitglieder erschienen, mit Ausnahme des durch die Boxheimer Affäre bekanntgewordenen nationalsozialistischen Abgeordneten Schäfer, der sich durch Krankheit entschuldigt hatte.

In der Nachmittagssitzung wurde die Besetzung der Ausschüsse, des Aeltestenrates und der zahlreichen Kommissionen, in denen Landtagsmitglieder vertreten sind, nach Vereinbarung unter den Fraktionen vom Plenum gebilligt. Die Frage der Rechtmäßigkeit des Mandates des aus der Boxheimer Affäre bekannten Abgeordneten Schäfer-Offenbach wurde dem Haushaltsausschuß zur Prüfung überwiesen.

Ein Tumult entstand, als der sozialdemokratische Abgeordnete Steffan eine Erklärung des Inhaltes verlas, daß es für Republikaner eine Zumutung sei, mit den nationalsozialistischen Abgeordneten, die durch die Boxheimer Affäre dem Volk und dem Volksstaat gegenüber aufs schwerste belastet seien, im Hause zusammenzusitzen. Anschließend entspann sich eine zweistündige Auseinandersetzung zwischen Kommunisten, kommunistischer Opposition und Nationalsozialisten über die von den drei Parteien eingebrachten spezialisierten Anträge auf Gewährung von Winterbeihilfen an Erwerbslose usw. Die Kommunisten überreichten dazu ein etwa 60 Einzelforderungen enthaltendes Programm. Als ein Zentrumsantrag verlangte, daß die Anträge zunächst im Ausschuß beraten werden sollten, um eine sachliche Behandlung im Interesse der Wohlfahrtserwerbslosen überhaupt zu ermöglichen, schlossen sich die Nationalsozialisten diesem Antrage an, „da die letzte halbe Stunde bewiesen habe, daß die Kommunisten diese Anträge nur zur Agitation an die Tribüne ausnutzen wollten".

Von den Kommunisten wurde diese veränderte Stellungnahme der Nationalsozialisten mit lebhaftem Zischen und Zurufen geantwortet, in die auch die Tribüne einstimmte. Als bei der Abstimmung die Anträge dem Ausschusse übergeben wurden, entstand ein ungeheurer Tumult. Präsident Dr. Werner regte an, daß die Ausschüsse sich sofort konstituierten. Diesem Vorschlag stimmte das Haus zu, worauf der Präsident die Sitzung auf Freitag vertagte.

Im Verlaufe haben die Nationalsozialisten am heutigen Nachmittag die bereits angekündigten Forderungen überreicht. Das Zentrum soll sich Bedenkzeit erbeten haben.

Wie die T. U. erfährt, haben die Nationalsozialisten ihre in 12 Punkten festgelegten Bedingungen für eine Regierungskoalition, die übrigens entgegen der gestrigen Meldung der T.U. nicht in ultimative Form gekleidet sind, heute dem Zentrum übergeben. Das Zentrum hat um 48 Stunden Bedenkzeit gebeten.

Eine französische Erklärung zur Reparationsfrage.

× **Paris**, 8. Dezember.

Havas meldet: Zur Eröffnung der Arbeiten des Beratenden Sonderausschusses in Basel hat die französische Regierung den beteiligten Regierungen ihre Ansicht über die Reparationsfrage mitgeteilt. Sie ist der Auffassung, daß

irgendeine Aenderung der im Youngplan festgelegten Grundsätze nur bei gleichzeitiger Herabsetzung der zwischen den Regierungen bestehenden Schulden möglich ist,

von der Deutschland Nutzen haben würde. Frankreich nimmt die deutsche Forderung an, die Lage im Reiche im Rahmen des Youngplanes zu untersuchen, da, nachdem Deutschland im Haag den Bedingungen des Youngplanes zugestimmt hat, seine Forderung auf Einberufung des Ausschusses den ordnungsmäßigen Schritt eines Schuldners darstelle, der seine Verpflichtungen zu erfüllen wünscht. Da die Weltkrise die deutsche Zahlungsunfähigkeit zum Teil erklärlich erscheinen läßt, erkennt Frankreich die Notwendigkeit an, dem Reiche zu Hilfe zu kommen und wird dem Geiste des kürzlich in Washington veröffentlichten Communiqués entsprechen.

Hinsichtlich der Arbeiten des Baseler Ausschusses hat sich Frankreich seine Handlungsfreiheit bewahrt,

da ihm der Text der deutschen Forderung nicht zu endgültiger Einwilligung unterbreitet worden ist (??). Es prüfe die Notwendigkeit, das gegenwärtige Moratorium im Geiste der Zugeständnisse an die deutsche Lage zu verlängern;

Frankreich besteht jedoch auf der Aufrechterhaltung der Reparationszahlungen, da kein Beweis dafür gegeben ist, daß Deutschland ständig in einem Krisenzustand bleiben wird.

Im Hinblick darauf, daß die Finanzschwierigkeiten des Reiches nicht geeignet sind, um eine endgültige Prüfung vorzunehmen, kann sich die gegenwärtige Untersuchung nur mit einer vorübergehenden Lage beschäftigen und durch nur einstweilige Maßnahmen Abhilfe schaffen. Erst in einer späteren internationalen Konferenz wird man dann die Zahlungsfähigkeit zu prüfen haben.

Die französische Regierung lehnt es ab, die Priorität der kurzfristigen Schulden anzuerkennen,

bemerkt aber, daß die Frage in Wirklichkeit überhaupt nicht zur Debatte steht, denn die Reparationen und Privatschulden sind nur Elemente des Fundamentalproblems der Zahlungsfähigkeit und der Achtung vor den Verbindlichkeiten. Schließlich betont die französische Regierung die Notwendigkeit, daß der Beratende Sonderausschuß für die Zurückführung der in das Ausland geflüchteten deutschen Kapitalien eintritt.

Kammersieg Lavals.

:: **Paris**, 8. Dezember.

Die Kammer hat mit 324 gegen 260 Stimmen den Antrag des Ministerpräsidenten Laval auf Vertagung der Debatte über die Interpellationen über die Zwischenfälle bei der Kundgebung im „Trocadero", für die er die Vertrauensfrage gestellt hatte, angenommen.

Zusammenstöße mit Polizei in Lima.

10 Tote.

:: **Lima**, 8. Dez. Bei einem Zusammenstoß zwischen Zivilisten und Polizei in der Nähe von Lima wurden 10 Personen getötet und 13 verletzt

Beilage

Die

Die wichtig
ih

In der Einleitu
Notverordnung vom
die weitere Ve
lichen und soz
der zweiten Hälfte
andauernden Weltw
englischen Wä
deren Auswirkung
politischen Maßnah
den anhaltenden A
Deutschland hingew
stände, so heißt es
Rückgang im deutsch
Erzeugung, die Um
hat einschrumpfen
sehr tiefe Ein
wenn das klar erk
Ziel erreicht werden
fähigkeit der d
stärken und die gro
Als Ausgangspu
wird weiter auf d
fung des Au
Haushalte hing
sicherung auch
Aufrechterhal
rung. Reichspräsi
ausgeführt, lehnen
Reichsbank ab, du
Sicherheit der deut
Als weiteres Zir
lastung der G
satzes und der Lo
kes in jeder nur m
aber an einer wei
hältern nicht vorbei
und Gehältern ohne
sprechender Senkung
sonst eine verhäng
die Folge wäre. D
Erkenntnis dieses
verordnung umfasse
Senkung der P
bundenen Preise w
rung gegen Ueberte
Gegenstände des t
öffentlichen Preise,
Reichsbahn werden
großen Bedeutung
haushalt auch eine
gesehen. Um letzte
ferner einschnei
Gebiet der allge
derlich.

**Die Reichsregi
und Anhörung
lichkeit an den
das allgemeine
werden soll. G
Art ein wesen
sichergestellt wa
— erneuten G
hälter entsch**

Die schicksalhafte V
bleibt selbstverständ
Gerade um eine
kraft des deutschen
regierung es als i
zu achten, daß der
tern nur bei einem
aller Preise aufred

I. Wr

Der amtliche K
dem Kapitel über
Preise und K
derte Wirtsch
Die Notverordnung
denen Preisen und
bilden.

**Entsprechend d
ist davon a
Preisbind
telle und
zerschlagen
vielmehr eine**

auf deren bedeute
mentar noch einm
die durch Kartelle,
sowie durch Verfli
gen gebunden sind
mindestens 10
vom 1. Juli 19
tar stellt fest, daß
stehenden Preishö
zichten mußte, bez
setzung von 10 Pro
verordnung herbei
als durchaus tragb

**Preisbindunge
Ausmaß hera
1. Januar 193
nichtgebundene
1. Januar dur
Handel gemei
zent gesenkt
die Einfüh
sind in der 3
gungspfli**

Versuche, die ang
Zuwiderhand
gestellt. Ausge
sind Preise im
einen interna
bunden sind. S
wirtschaftsm
legen. Weiter
Reichsminister, sa
ein, im Einzelfal
ausgehende S

**Den Zwangs
wirtschaft
kung vom 1.**